



## Für den „Green Deal“ will die Union Klimaschutz und Klimaziele konsequent verfolgen

Am Dienstagabend wurde das Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Für einen Green Deal“ in der Fraktionssitzung beschlossen.

Die Bewahrung der Schöpfung und das Prinzip der Nachhaltigkeit sind feste Bestandteile des Politikverständnisses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dafür braucht es breite gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligung. Durch die Corona-Krise hat sich die wirtschaftliche Situation für die Beschäftigten und Unternehmen in unserem Land und in Europa deutlich geändert. Deshalb hat die Koalition von CDU, CSU und SPD vereinbart, darauf zu achten, Belastungen für Beschäftigte und Unternehmen durch Gesetze und andere Regelungen möglichst zu vermeiden.

Der „Green Deal“ muss nun so ausgestaltet werden, dass er die Bewältigung der Corona-Pandemie nicht behindert, sondern unterstützt. Unsere Grundsätze haben deshalb stärkere Gültigkeit denn je: Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung sowie Umwelt- und Klimaschutz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Sie werden nur dann erfolgreich und langfristig nachhaltig sein, wenn es gelingt, auch die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte so zu berücksichtigen, dass neue Entwicklungschancen entstehen und Beschäftigung und Wirtschaftskraft erhalten bleiben. Verantwortungsvoll zu handeln bedeutet für die Unionsfraktion, unser Land, die Gesellschaft und die Wirtschaft nach der Corona-Krise nachhaltig, widerstandsfähig und klimafreundlich aufzubauen. In diesem Sinne ist auch der European Green Deal zu sehen.

Ein ambitioniertes EU-Klimaziel für 2030 sehen wir als einen konsequenten europäischen Beitrag zum globalen Klimaschutz und auch als Chance für gleiche Wettbewerbsbedingungen. Wir können die Klimaziele aber nicht alleine erreichen. Wir brauchen dafür auch die anderen Staaten Europas und der Welt und müssen diese mitziehen und herausfordern.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass Europa mit dem European Green Deal mit gutem Beispiel vorangeht und das Ambitionsniveau steigern will. Dafür brauchen wir eine faire Lastenverteilung unter den Mitgliedsstaaten. Denn alle müssen einen engagierten Beitrag leisten. Deutschland hat bereits einen verbindlichen Weg zur Erreichung des nationalen Klimaziels mit einer Reduktion von 55 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2030 abgesteckt. Entgegen aller kritischen Prognosen werden wir unser Klimaziel bis Ende 2020 – sogar unabhängig von der Corona-Pandemie – nun doch erreichen.

Mit der Einführung eines Emissionshandels für Wärme, Verkehr und auch für den Schiffsverkehr auf europäischer Ebene würde die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen über einen effektiven marktwirtschaftlichen Mechanismus erfolgen. Dies bietet dann auch die Chance, die Lasten innerhalb Europas neu zu verteilen. Nur mit solchen innovativen Instrumenten sind die ehrgeizigen EU-Ziele zu erreichen.

Vor allem für die CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Verkehrssektor stellt der Emissionshandel ein innovatives Instrument dar. Ein solches Handelssystem setzt Anreize für klimaschonendes Verhalten im Fahrzeugbestand und den Umstieg der Verbraucher auf klimafreundlichere Autos. Das ist der richtige Weg. Denn allein mit Ordnungsrecht und Grenzwerten im Neuwagenbereich sind die ambitionierten Klimaziele im Verkehrssektor nicht zu erreichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



in dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag Maßnahmen zur Verbesserung im Gesundheitswesen beschlossen. Unter anderem werden Pflegeeinrichtungen verpflichtet, ihren Beschäftigten gestaffelte Sonderleistungen von bis zu 1.000 Euro zu zahlen, die von den Ländern oder Pflegeeinrichtungen auf bis zu 1.500 Euro erhöht werden können. Für mich stellt dieser sogenannte "Pflegebonus" ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für die vielen Pflegekräfte deutschlandweit - aber auch im Kreis Warendorf - dar. Mit viel Engagement leisten diese, nicht nur jetzt aber gerade angesichts der Corona-Pandemie, stationär und ambulant großartige Arbeit! Des Weiteren werden mit dem Gesetz die rund 375 Gesundheitsämter in ganz Deutschland durch den Bund finanziell unterstützt. Das Geld dient in erster Linie dazu, digitale Prozesse zu optimieren.

Auch im arbeitsrechtlichen Bereich haben wir in dieser Woche Maßnahmen beschlossen, mit deren Hilfe wir die sozialen Folgen der Corona-Pandemie abfedern wollen. Mit dem "Sozialschutzpaket" ist unter gewissen Voraussetzungen eine befristete Erhöhung des sogenannten Corona-Kurzarbeitergeldes bis zum 31. Dezember 2020 vorgesehen: Ab dem vierten Monat des Bezugs soll es auf 70 bzw. 77 Prozent und ab dem siebten Monat auf 80 bzw. 87 Prozent angehoben werden, wenn die Arbeitszeit um mindestens 50 Prozent reduziert wurde.

Darüber hinaus, und das freut mich ganz besonders, wird die Möglichkeit der Versorgung von Schülern und Kindern in Tageseinrichtungen mit Mittagessen auch während der pandemiebedingten Schließung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket geschaffen.

Als Verkehrspolitiker habe ich mich überdies in der Plenardebatte zur Planungsbeschleunigung von Verkehrsprojekten einbracht: Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass dringliche Arbeiten verzögert werden! Verkehrszahlen der letzten Wochen zeigen, dass der private Pkw-Verkehr auf den hiesigen Autobahnen um bis zu 80 Prozent eingebrochen ist. Auf diesen weniger frequentierten Strecken muss jetzt schneller gebaut werden können, damit die Verkehrssicherheit weiter gesteigert und Staus verringert werden!

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und bleiben Sie gesund!

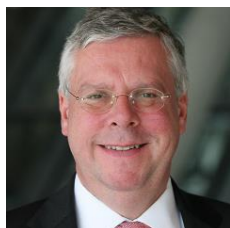
Ihr



Reinhold Sendker MdB

## 55 Jahre deutsch-israelische Beziehungen

Aus der Geschichte lernen – Verantwortung für die Zukunft übernehmen



Am 12. Mai jährte sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zum 55. Mal. Hierzu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU / CSU -Fraktion im Deutschen Bundestag, Jürgen Hardt:

„Die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Staat Israel sind einzigartig. Denn das millionenfache Leid des jüdischen Volkes in Europa hatte seinen Ursprung im Nationalsozialismus auf deutschem Boden. Das wird uns für immer auf besondere Weise verbinden.

Uns verbinden auch gemeinsame kulturelle Wurzeln. Viele der Gründer des Staates Israel und ihre Vorfahren hatten in Deutschland und Mitteleuropa gewirkt und aus unserer Mitte heraus unsere Kultur und Geistesgeschichte geprägt, bis der Rassenwahn dem ein jähes Ende setzte. Das Gedenken an diese gemeinsame Geschichte und den von Deutschland ausgehenden Zivilisationsbruch darf niemals enden, insbesondere jetzt nicht, wo Antisemitismus in Deutschland und Europa wieder zunimmt und zugleich immer weniger Zeitzeugen aus eigener Erfahrung berichten können. Die Erinnerung wird für uns ewige Mahnung bleiben, aus der Vergangenheit Lehren für die Gegenwart und die Zukunft zu ziehen und entsprechend zu handeln. Dazu gehört der entschiedene Kampf gegen jedwede Form des Antisemitismus, der oft genug im Deckmäntelchen von angeblicher und deshalb vermeintlich legitimer Kritik an der Politik Israels daherkommt.

Vor diesem Hintergrund ist und bleibt die enge deutsch-israelische Freundschaft, für die David Ben Gurion und Konrad Adenauer den Grundstein gelegt haben, ein historisches Geschenk und ihre Fortentwicklung ein andauernder Auftrag. Deshalb ist heute ein Tag großer Freude, denn wir dürfen diese Freundschaft feiern.

Es gilt auch weiterhin, die Beziehung zwischen Israel und Deutschland in allen Bereichen zu festigen und zu vertiefen. Dies gilt für den zivilgesellschaftlichen, politischen und kulturellen Austausch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Forschungs- und Bildungskooperation ebenso wie die für die Sicherheit unserer beider Staaten essentielle sicherheits- und militärpolitische Zusammenarbeit. Die aktuelle Corona-Krise zeigt, wie wichtig gerade der Austausch im wissenschaftlichen und medizinischen Bereich als gemeinsamer Beitrag für die Menschheit insgesamt sein kann. Sie steht exemplarisch für die herausragende Qualität der deutsch-israelischen Beziehungen.

Als CDU/CSU-Fraktion werden wir auch weiterhin konsequent für die Sicherheit Israels als jüdischen, demokratischen Staat in sicheren Grenzen eintreten. Dies ist die logische Konsequenz aus unserer Überzeugung, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist. Zugleich setzen wir uns für eine nachhaltige Aussöhnung mit den Palästinensern im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung für zwei Völker ein, die ein friedliches Zusammenleben Seite an Seite in einem jüdisch-demokratischen Staat Israel und in einem souveränen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat erlaubt.“

Foto: Katja-Julia Fischer

## Bekämpfung der Pandemie weiter auf der Tagesordnung

Der Bundestag debattiert diese Woche das „Gesetz zu sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie“ („Sozialschutz-Paket II). Es enthält weitere unterstützende Maßnahmen für Arbeitnehmer in der Covid-19-Krise. So wird das Kurzarbeitergeld für diejenigen, die es bereits für ihre um mindestens 50 Prozent reduzierte Arbeitszeit beziehen, ab dem vierten Monat des Bezugs auf 70 Prozent (bzw. 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem siebten Monat des Bezuges auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent für Haushalte mit Kindern) des Netto-Entgelts erhöht (bis max. zum 31. Dezember 2020). Das Arbeitslosengeld wird für diejenigen um drei Monate verlängert, deren Anspruch zwischen dem 1. Mai 2020 und dem 31. Dezember 2020 enden würde.

Wegen der Corona-Krise ist auch das kulturelle Leben in Deutschland heruntergefahren worden. Die Veranstalter von Freizeit-Events (Theater, Konzerthäuser, Sportveranstalter etc.) müssen nun vor einer Insolvenz-Welle geschützt werden, die ihnen droht, falls sie die bereits verkauften Eintrittskarten zurücknehmen und auszahlen müssten. Sie sollen nun durch das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Veranstaltungsvertragsrecht“, über das der Bundestag abstimmt, dazu berechtigt werden, den Inhabern der Eintrittskarten statt der Erstattung des Eintrittspreises einen Gutschein zu übergeben. Wer den Gutschein nicht einlösen möchte, kann nach dem 31. Dezember 2021 die Rückzahlung des Eintrittspreises verlangen. In Härtefällen soll auch eine sofortige Rückzahlung des Ticketpreises verlangt werden können.

Der Bundestag stimmt außerdem über das „Zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ ab. Das Gesetz hat zum Ziel, besonders gefährdete Menschen besser vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus zu schützen und Infektionsketten leichter zu durchbrechen. So sollen zum Beispiel die Gesundheitsämter Geld für eine beschleunigte Digitalisierung erhalten. Tests sollen ausgeweitet werden – unter anderem auf Bewohner von Pflegeheimen oder auf Menschen ohne Symptome. Außerdem sollen Pflegekräfte einen Bonus von bis zu 1.000 Euro erhalten und Pflegepatienten bedarfsgerechter unterstützt werden.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 08/2020,  
13. Mai 2020

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:

[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck